





# **Westeuropa und die deutsche Teilung**

Englische und französische Deutschland-  
politik auf den Außenministerkonferenzen  
von 1945 bis 1947

Von  
Martina Kessel

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Gedruckt mit Hilfe der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen-Bibliothek

**Kessel, Martina:**

Westeuropa und die deutsche Teilung : englische und  
französische Deutschlandpolitik auf den  
Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947 / von Martina  
Kessel. – München : Oldenbourg, 1989  
ISBN 3-486-55241-4

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung : Dieter Vollendorf  
Satz und Druck : Rieder, Schrobenhausen  
Bindung : Göttermann, Aßling

ISBN 3-486-55241-4

# Inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| Vorwort .....  | 1         |
| Einleitung .....   | 3         |
| <b>I. Kriegserfahrung und Machtverlust: Konferenzen im neuen Mächtesystem .....</b>  | <b>11</b> |
| 1. Die Potsdamer Vereinbarungen .....  | 11        |
| 2. Frankreich: Résistanceplanung – Eine neue „neue Ordnung“ .....  | 15        |
| 3. Großbritannien: Skeptischer Sieger .....  | 25        |
| 4. Die Generalprobe: Die Londoner Außenministerkonferenz (11. September–2. Oktober 1945) .....   | 33        |
| <b>II. Deutschland und die Sowjetunion: Von London nach Paris (Oktober 1945–April 1946) .....</b>  | <b>39</b> |
| 1. Die Zentralverwaltungsfrage .....   | 39        |
| 2. Die Rhein-Ruhr-Frage .....  | 46        |
| 3. Sowjetische Weichenstellung: Die Fusion zur SED und die westeuropäische Konferenzplanung .....  | 52        |
| a) Großbritannien: Zonale Organisation und gesamtdeutsche Debatte .....  | 52        |
| b) Frankreich: Einzelschritte auf dem Weg zur Gesamtlösung .....   | 60        |
| 4. Die Pariser Außenministerkonferenz .....  | 71        |
| a) Erste Sitzungsrunde (25. April–15. Mai 1946) .....  | 71        |
| Erste Stellungnahmen S. 71 – Off-the-record S. 74 – Vertagung S. 78  |           |
| b) Verhandlungspause .....   | 81        |
| Englische Ziele: Die amerikanische Allianz in Deutschland S. 81 – Französische Ziele: Westliche Politik ohne Bindung S. 91 – Planungsansätze S. 96 |           |
| c) Die „vorläufige“ Entscheidung: Pariser Außenministerkonferenz, 15. Juni–15. Juli 1946 .....   | 101       |

## VI Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| III. Von Paris nach New York (Juli–Dezember 1946): Zonenpolitik als Voraussetzung erfolgreicher Konferenzdiplomatie . . . . . | 107 |
| 1. Großbritannien: Politik gegen Potsdam . . . . .  | 107 |
| a) Das Konzept: „Appeasement doesn't pay“ . . . . .   | 107 |
| b) Die Reorganisation der Zone . . . . .  | 109 |
| c) Kompromißversuche . . . . .  | 113 |
| d) Zwei-Zonen-Fusion und Viermächteverhandlungen . . . . .  | 119 |
| 2. Frankreich: Gesamtplan gegen die Bizone . . . . .  | 126 |
| a) Die englische Verbindung . . . . .   | 126 |
| b) Der Berthelot-Bericht . . . . .  | 133 |
| c) Planung vor New York . . . . .   | 141 |
| d) Die Saarfrage . . . . .  | 150 |
| 3. New Yorker Außenministerkonferenz (25. November bis 16. Dezember 1946) . . . . .   | 154 |
| IV. Von New York nach Moskau (Dezember 1946–März 1947): Britische Einflußsphären und französische Blockfreiheit . . . . .     | 160 |
| 1. Französische „Moskauer“ Pläne: Integration und Kontrolle Deutschlands . . . . .  | 161 |
| 2. Frankreich und die Alliierten . . . . .  | 168 |
| 3. Britische Planung: Nationalstaatliche Ziele im ideologischen Konflikt . . . . .  | 177 |
| 4. Britische Konferenzplanung . . . . .   | 186 |
| 5. Großbritannien und die Alliierten . . . . .  | 192 |
| 6. Der Kontrollratsbericht: . . . . .   | 200 |
| a) Planung . . . . .  | 200 |
| b) Der Bericht . . . . .  | 207 |
| V. Die Moskauer Außenministerkonferenz (10. März–25. April 1947): Offizielle Wende und konzeptionelle Kontinuität . . . . .   | 211 |
| 1. Die Kohlelösung . . . . .  | 212 |
| 2. Die Saarfrage . . . . .  | 217 |
| 3. Die Reparationsfrage . . . . .   | 221 |
| a) Der strategische Rahmen . . . . .  | 221 |
| b) Die Wirtschaftsfragen . . . . .  | 222 |
| c) Entscheidende Reparationssitzungen (24. März–1. April 1947) . . . . .  | 225 |
| d) Marshalls Kompromißvorschlag . . . . .   | 231 |
| e) Nach dem Bruchpunkt . . . . .  | 232 |

|  | Inhalt | VII        |
|--|--------|------------|
| 4. Die politische Organisation Deutschlands . . . . .  |        | 235        |
| a) Innerfranzösische Differenzen . . . . .   |        | 239        |
| b) Westlicher Ausgleich und letzte Diskussionen . . . . .  |        | 241        |
| 5. Grenz- und Ruhrfrage . . . . .  |        | 245        |
| 6. Kontrolle und Sicherheit: Byrnes-Vertrag und Friedensvertrag . . . . .  |        | 249        |
| 7. Moskauer Ergebnisse . . . . .   |        | 252        |
| <b>VI. Der Marshall-Plan-Sommer . . . . .</b>  |        | <b>257</b> |
| 1. Erfolg und Gefährdung europäischer Ziele . . . . .  |        | 257        |
| 2. Großbritannien: Gleichgewicht und Kontrolle . . . . .   |        | 267        |
| 3. Frankreich: Probleme der Westallianz . . . . .  |        | 274        |
| 4. Die Saarfrage . . . . .   |        | 279        |
| <b>VII. Das Ende der „Byzantine Round“: Londoner Außenministerkonferenz (25. November–15. Dezember 1947) . . . . .</b> |        | <b>282</b> |
| 1. „Westblock“ und Viermächtespannung: Die Planung des Scheiterns . . . . .  |        | 282        |
| 2. Letzte Viermächteverhandlungen . . . . .  |        | 286        |
| a) Die Stellvertreterdebatte (6.–22. November 1947) . . . . .  |        | 286        |
| b) Die Außenministertagung (25. November–15. Dezember 1947) . . . . .  |        | 288        |
| Prozeduralfrage und Zentralregierung S. 288 – Die Wirtschaftsprinzipien S. 290   |        |            |
| <b>VIII. Westeuropa und die deutsche Teilung . . . . .</b>   |        | <b>295</b> |
| <b>Abkürzungsverzeichnis . . . . .</b>   |        | <b>306</b> |
| <b>Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .</b>   |        | <b>308</b> |
| <b>Personenregister . . . . .</b>  |        | <b>333</b> |



# Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1987/88 von der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Für den Druck wurde sie überarbeitet.

Stellvertretend für zahlreiche Persönlichkeiten und Institutionen, die mir geholfen haben, möchte ich einige namentlich nennen. Madame Georges Bidault und Madame René Massigli halfen mir durch ihre Erlaubnis, die Nachlässe von Georges Bidault und René Massigli einzusehen. Herr Jean Laloy und Sir Frank Roberts beantworteten bereitwillig meine Fragen zur Nachkriegszeit. Den ersten Hinweis auf das Thema gab mir Herr Dr. Josef Foschepoth.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst und das Deutsche Historische Institut Paris finanzierten die notwendigen Forschungsaufenthalte. Das Cusanuswerk/Bischöfliche Studienförderung gewährte mir ein Promotionsstipendium, das die rasche Fertigstellung der Arbeit ermöglichte. Gedruckt wurde die Arbeit mit Hilfe der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein. Allen sei herzlich gedankt.

Herrn Prof. Thomas Nipperdey möchte ich für vieles danken, besonders herzlich aber für sein Interesse, Offenheit gegenüber den Fragestellungen, Anregungen, die über die engen Grenzen des Themas hinausführten, und seine Fähigkeit, den mit der Arbeit verbundenen Problemen mit feiner Ironie meist wieder die rechte Dimension zu verleihen. Herr Prof. Alfred Grosser, Paris, und Herr Prof. Rainer Hudemann, Saarbrücken, ermutigten mich durch ihre spontane Hilfsbereitschaft und ihr Engagement. Herzlich danken möchte ich ebenfalls Herrn Prof. Wilfried Loth, Essen, für die intensive und schnelle Durchsicht des Manuskripts. Herr Dr. Helmut Zander half mir durch seine uneigennützigte Kreativität sowie durch kluge Fragen, kritisches Korrekturlesen und den Wechsel vom roten zum grünen Filzstift.

Meinen Eltern danke ich für ihr Vertrauen und das mir gegebene Bewußtsein, jederzeit auf ihre Hilfe zählen zu können.

Zum Schluß, dafür um so nachdrücklicher: Dank an Dr. Peter Kather für ebenso bereitwilliges wie bewährtes Krisenmanagement und ihm sowie Friedl Brunckhorst, Martin Baumeister und Dirk Schumann für Gesprächsbereitschaft zu jeder Tages- und Nachtzeit, Geduld und Humor.

Paris, im Januar 1989

*Martina Kessel*



# Einleitung

Der Zweite Weltkrieg zerstörte das System europäischer Nationalstaaten, das sich nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte. Die Übertragung der Großmachtrolle auf die USA und die Sowjetunion schrieb den durch den Krieg bewirkten Machtverlust der früheren europäischen Führungsmächte Großbritannien und Frankreich fest. In der „Inkubationszeit“ des „Kalten Krieges“ zwischen 1945 und 1947<sup>1</sup> kristallisierte sich mit der deutschen und europäischen Teilung und dem Beginn der (west)europäischen Integration das bis heute erhaltene Grundmuster des Nachkriegseuropa heraus.<sup>2</sup> Die Deutschlandverhandlungen auf den Außenministerkonferenzen, an denen Frankreich und England als Besatzungsmächte formal gleichberechtigt teilnahmen, kennzeichnen diesen Prozeß gerade in ihrem Zusammenbruch Ende 1947.

Die deutsche Frage bildete nach der Kapitulation Deutschlands und der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten das Hauptproblem der europäischen Nachkriegsordnung. Diese Arbeit fragt nach dem französischen und britischen Anteil an ihrer „Lösung“. Zum einen werden die Vorstellungen der „kleineren Alliierten“ über die zukünftige Rolle Deutschlands in Europa erörtert, mit der auch der eigene Status jeweils eng verknüpft sein würde, zum anderen ihre Durchsetzung bzw. ihr Scheitern in den Außenministerverhandlungen nachgezeichnet. Es geht somit auch und gerade um die diplomatische Funktion der Konferenzen als Mittel, bestimmte Konzeptionen über die Neuordnung des Machtvakuum durchzusetzen, das die deutsche Kapitulation hatte entstehen lassen.

Der Außenministerrat wurde auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 für die Ausarbeitung einer Friedensregelung mit und für Deutschland eingesetzt. Hier und im alliierten Kontrollrat dauerte die Kriegskoalition gegen Deutschland formal bis Ende 1947 bzw. Frühjahr 1948 an. Hier lag eine Chance für die Mittelmächte, trotz objektiven Machtverlustes Einfluß auf die Gestaltung einer neuen europäischen Ordnung mit Deutschland auszuüben, bis durch

<sup>1</sup> Vgl. zur Problematik dieses Begriffs Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt 1941–1955, München 1983, S. 332–340.

<sup>2</sup> Bracher, Karl Dietrich, Demokratische und totalitäre Europapolitik, in: Innen- und Außenpolitik. Festschrift für Walther Hofer, Bern 1980, S. 73–85, hier S. 74. Bracher spricht vom Wandel der europäischen Nationalstaaten vom Subjekt zum Objekt der Weltpolitik, während hier die Frage nach ihrem dennoch wirksamen Einfluß gestellt wird. Ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 272ff.

#### 4 Einleitung

die prägende Rolle der Supermächte die Teilung nach 1947 zur Funktion des Ost-West-Konflikts wurde.<sup>3</sup>

Die Minister diskutierten in London (September 1945), Paris (April/Mai und Juni/Juli 1946), New York (Dezember 1946), Moskau (März/April 1947) sowie London (Dezember 1947) über die wirtschaftliche und politische Einheit des in vier Zonen aufgeteilten Deutschland auf Grundlage der Potsdamer Richtlinien. Streitpunkte waren Zentralverwaltungen, Reparationen, Wirtschaftseinheit, politische Organisation sowie die Ruhr- und Saarfrage. Das Unvermögen, sich zu einigen, schrieb die Teilung Deutschlands fest, aber hier steht *nicht* eine ‚alliierte Schuld‘ an dieser Tatsache im Vordergrund. Die alliierte Bewußtseinsdisposition, die die Aufhebung der Zoneneinteilung nicht wieder zuließ, resultierte aus den Erfahrungen mit Deutschland in der Zwischenkriegs- und Kriegszeit, d.h. europäische Skepsis gegenüber einem, wenn auch entmilitarisierten und neutralisierten Gesamtdeutschland ergab sich aus den Ursachen des Krieges. Eine Einigung unter der Maßgabe divergierender Demokratiebegriffe hing auch von der Einschätzung der Demokratiebereitschaft und „-fähigkeit“ der Deutschen im den Mächten jeweils eigenen Wortsinn ab.

Englische und französische Deutschlandplanung mußte dem neuen Mächtegefüge Rechnung tragen. Ein potentieller amerikanischer Isolationismus war ebenso wie die neue Rolle der Sowjetunion als nun dauerhaft im internationalen System zu integrierendem Teilnehmer zu berücksichtigen. Der Demokratisierungsauftrag an die Besatzungsmächte trug die divergierenden Wertsysteme und Demokratiebegriffe direkt in die Deutschlandpolitik hinein. In den beiden Viermächtegremien mußten sich die Westmächte und die Sowjetunion über die Grundstrukturen eines, und für Europa entscheidenden, Systems einigen. Die Mittelmächte bewegten sich im Spannungsfeld von durch den Krieg verschärfter finanzieller Abhängigkeit von den USA und potentieller sowjetischer Expansion über die durch den Krieg gewonnenen Territorien hinaus. Ihre Politik gegenüber dem Staat, der durch seinen Angriff das Zwischenkriegssystem zerstört hatte, sollte einen neuen deutschen Machtanspruch ausschließen und mußte zugleich den Charakter dieses neuen Systems berücksichtigen, wollte sie eine dauerhaftere als die Versailler Friedensordnung schaffen.

Die Arbeit geht von einem möglicherweise doppelten Legitimationsdefizit der westeuropäischen Demokratien aus, die weder die Folgen der Wirtschaftskrise von 1929 noch die Expansion eines als totalitär verstandenen Staates hatten auffangen können. Beide sahen sich jetzt, unter dem Auftrag der Errichtung einer deutschen Demokratie, mit den wirtschaftlichen Kriegsfolgeproblemen sowie dem potentiell expansiven Moment sowjetischer Außenpolitik konfrontiert. Wichtig wird daher die Einordnung der Deutschlandpolitik in die Erfahrungen des Scheiterns des Zwischenkriegssystems, im Falle Englands einer das Land langfristig überbeanspruchenden, gegenüber dem NS-Regime aber erfolg-

<sup>3</sup> Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, \*Stuttgart 1980, S. 11ff.

reichen Kriegsanstrengung, im Falle Frankreichs in die Erfahrungen von Niederlage, Vichy-Regime und Besetzung. So könnte deutlich werden, ob und inwieweit die deutsche Niederlage und der dadurch gewonnene Handlungsspielraum als Chance begriffen und genutzt wurde, bestimmte Konfliktpotentiale im internationalen Gefüge nicht wieder zum Tragen kommen zu lassen, die jeweils als Ursache für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges begriffen wurden.

Studien zur britischen Außenpolitik nach 1945 betonen in erster Linie den „decline“ Englands und die Distanz zu Europa.<sup>4</sup> Untersuchungen zur Deutschlandpolitik dieser Jahre konzentrierten sich bisher auf die Zonenpolitik. Die hier relevante Ruhrpolitik ist natürlich von den außenpolitischen Zielsetzungen nicht zu trennen.<sup>5</sup> Die Ergebnisse sind dichotomisch. Neuere Arbeiten von Rolf Steininger, Falk Pingel und Josef Foschepoth heben die antisowjetischen Akzente der britischen Politik v.a. seit dem Frühjahr 1946 hervor,<sup>6</sup> bleiben aber fixiert auf die negative Komponente der Teilung. Victor Rothwell und Alan Bullock konstatieren dagegen einen Versuch Bevins, bis Ende 1947 die Kooperation mit den Sowjets aufrechtzuerhalten.<sup>7</sup> Überwiegend wird noch das britische Zonendefizit als Ursache für den Anschluß an die amerikanische Deutschlandpolitik genannt,<sup>8</sup> dem u.a. die Sozialisierungspläne für die Ruhrindustrie zum Opfer fielen.<sup>9</sup> Die englische Rolle auf den Konferenzen wird

<sup>4</sup> Northedge, Frederick S., *Descent from Power. British Foreign Policy 1945–1973*, London 1974; typisch für den antieuropäischen Vorwurf Liggins, Walter, *Labour und Europa 1945/46*, in: *Soziale Bewegungen und politische Verfassungen. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, hrsg. v. U. Engelhardt, Volker Sellin, Horst Struke, Stuttgart 1976, S. 713–754. Elisabeth Barker, *The British between the Superpowers, 1945–1970*, London 1983, u. dies., *Britain and a Divided Europe, 1945–1970*, London 1972, weitet dagegen den Europabegriff auch auf die Sowjetunion aus, so daß „Europapolitik“ für Großbritannien aus der traditionellen Konfliktstellung heraus zunächst eine Lösung mit Moskau bedeutete. Diese Arbeit folgt ihrer Begriffswahl. Zum „Krisenphänomen“ auch Krieger, Wolfgang, „Die britische Krise in historischer Perspektive“, in: *HZ* 247 (1988), S. 585–602.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Scharf, Claus/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone, 1945–1949*, Wiesbaden 1979; Petzina, Dietmar/Walter Euchner (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949*, Düsseldorf 1984. Dort Literatur zu Aspekten der Zonenpolitik.

<sup>6</sup> Steininger, Rolf, *Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens*, in: Düwell, Kurt/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3: *Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen*, Wuppertal 1984, S. 214–231; ders. (Hrsg.), *Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten*, Düsseldorf 1988; Foschepoth, Josef, *Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47*, in: *Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949*, Berlin 1984, S. 59–74; ders. (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen 1985; ders./Rolf Steininger, (Hrsg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985.

<sup>7</sup> Rothwell, Victor, *Britain and the Cold War, 1941–1947*, London 1982; Bullock, Alan, *Ernest Bevin. Foreign Secretary 1945–1951*, London 1984.

<sup>8</sup> Kritischer in der Betonung machtpolitischer Hintergründe für die Bizone Pingel, Falk, *Der aufhaltsame Aufschwung*, in: Petzina/Euchner, *Wirtschaftspolitik*, S. 41–64; Greenwood, Sean, „Bevin, the Ruhr and the division of Germany, August 1945–December 1946“, in: *Hist. J.* 29 (1986), S. 203–213.

<sup>9</sup> Lademacher, Horst, *Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum 1945–1948*, in:

## 6 Einleitung

jedoch meist nur im Zusammenhang mit kolonialpolitischen Fragen thematisiert.

Für die französische Deutschlandpolitik gilt die Moskauer Konferenz von 1947 als die große „Wende“.<sup>10</sup> Bisher stand die Forderung nach Abtrennung von Ruhr und Rheinland im Vordergrund, während neuere Studien den taktischen Charakter der „thèses françaises“ herausarbeiten.<sup>11</sup> Der Wechsel zu einer kooperativeren Haltung, so auch die Aufgabe der scharfen Dezentralisierungsforderung für die politische Struktur Deutschlands, wird allgemein auf 1948 datiert. In der Besatzungspolitik wird die „Obstruktion“ deutscher Zentralverwaltungen betont,<sup>12</sup> während Rainer Hudemann<sup>13</sup> und Peter Claus Hartmann<sup>14</sup> für eine Betrachtungsweise plädieren, die weniger auf die deutsche Teilung fixiert ist, sondern stärker auch die deutsche Kriegspolitik gegenüber Frankreich berücksichtigt. Die Frage, ob originärer Europaidealismus oder eine Fortführung nationalstaatlicher Politik mit anderen Mitteln hinter der Wende steht,<sup>15</sup> stand schon früh im Mittelpunkt der Forschung, während Arbeiten französischer Autoren eher die Mittlerrolle im beginnenden Kalten Krieg hervorheben.<sup>16</sup> Neuere Forschungen rücken wirtschaftliche Faktoren stärker in den Mittelpunkt<sup>17</sup> und heben zugleich die frühe Interdependenz von Integrations-

Scharf/Schröder, Deutschlandpolitik Großbritanniens, S. 51–92; Steininger, Rolf, „Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48“, in: VfZ 27 (1979), S. 167–240.

<sup>10</sup> Typisch Poidevin, Raymond, Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf, Claus/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, Wiesbaden 1983, S. 15–25.

<sup>11</sup> So Schreiner, Reinhold, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Diss. Trier 1981. Er bleibt dennoch in etwas starren „Dominanz“- und „Germanophobie“-Begriffen stecken. Renata Fritsch-Bournazel sieht schon 1945 Ansätze einer realistischen Politik, betont aber noch Moskau als Wende: Die Wende der französischen Nachkriegspolitik 1945–1949: Die „Deutsche Gefahr“ verliert die Priorität, in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1947, Tübingen 1987, S. 7–26.

<sup>12</sup> Deuerlein, Ernst, „Frankreichs Obstruktion deutscher Zentralverwaltungen 1945“, in: DT-Archiv 4 (1971), S. 446ff. So auch Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt 1985. Vorsichtiger Willis, F. Roy, The French in Germany, Stanford 1966.

<sup>13</sup> Hudemann, Rainer, Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz, in: Westdeutschland 1945–1955, hrsg. v. Ludolf Herbst, München 1986, S. 167–181, hier S. 171.

<sup>14</sup> Hartmann, Peter Claus, Politische und wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs im zweiten Weltkrieg: Grundlage und Voraussetzung für die spätere Besatzungspolitik in Südwest-Deutschland, in: Schwarzmaier, Hansmartin (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, Karlsruhe 1980.

<sup>15</sup> Ziebur, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythos und Realitäten, Pfullingen 1970, für den nationalstaatlichen Ansatz. Dagegen Loth, Wilfried, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977; Lippens, Walter, „Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946“, in: VfZ 21 (1973), S. 52–100.

<sup>16</sup> Typisch Fritsch-Bournazel, Renata, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1979, Opladen 1979.

<sup>17</sup> Milward, Alan, The Reconstruction of Western Europe 1947–1951, London 1984, sieht die französische Ruhrpolitik seit dem Marshall-Plan als Mittel zur Auflösung des „Jahrhundertproblems“ deutscher ökonomischer Überlegenheit. Gillingham, John, „Die französische Ruhrpolitik

und Kontrollzielen in der Deutschlandpolitik hervor,<sup>18</sup> die auch in dieser Arbeit bestätigt werden soll.

Die Außenministerkonferenzen selbst sind noch nicht Gegenstand einer separaten Studie, obwohl ihr Scheitern natürlich in fast allen Arbeiten zur alliierten Deutschlandpolitik angeführt wird. Klaus Körner,<sup>19</sup> Wolfgang Marienfeld,<sup>20</sup> Ernst Deuerlein<sup>21</sup> und Hermann Graml<sup>22</sup> geben der Beschreibung an Hand veröffentlichter Quellen Raum, ohne die neueren französischen und britischen Quellen berücksichtigen zu können. Der amerikanisch-sowjetische Gegensatz steht hier im Vordergrund. Patricia Ward<sup>23</sup> konzentriert sich auf die Rolle Byrnes' in den zunächst verhandelten Exsatellitenverträgen. Auch hier gilt Moskau als Wende, sowohl für die dann offen ausbrechenden amerikanisch-sowjetischen Spannungen als auch für den französischen Anschluß an die Westmächte.

Die umfangreiche Literatur zur amerikanischen Nachkriegspolitik zeigt eine bis Ende 1946 andauernde, wenn auch bereits skeptische Kooperationspolitik, vom stellvertretenden Militärgouverneur Clay allerdings stärker forciert als vom State Department.<sup>24</sup> Die sowjetischen Quellen sind weitgehend nicht einsehbar, definitive Konklusionen über die sowjetischen Intentionen daher weiterhin nur schwer möglich. Eine primäre Sicherung der Machtstellung in der Zone und deren Nutzung für die sowjetische Rekonstruktion steht wohl außer Frage.<sup>25</sup> Eine definitive Abkehr von einem auf Gesamtdeutschland ausgerichteten Ansatz ab 1946<sup>26</sup> wird durch die hier ausgewerteten Quellen nicht bestätigt.

Die Analyse des Versuchs der Mittelmächte, die Kontrolle Deutschlands mit der Eindämmung der Sowjetunion zu vereinbaren, bestätigt die treibende Rolle Englands in der Herausbildung des Nachkriegssystems. Die Verhandlungen scheiterten weniger an Sachdifferenzen als am britischen Verhandlungskonzept.

und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung“, in: VfZ 35 (1987), S. 1–24, deutet Kontinuitäten seit der Zwischenkriegszeit an.

<sup>18</sup> Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, hrsg. v. Ludolf Herbst, München 1986. Hudemann, Rainer, Kulturpolitik und Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besetzung in Deutschland, in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950, Tübingen 1987, S. 15–31.

<sup>19</sup> Körner, Klaus, Die alliierten Deutschlandkonferenzen, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1975, S. 555–573.

<sup>20</sup> Marienfeld, Wolfgang, Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949, Hannover 1962.

<sup>21</sup> Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands. I: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949, Frankfurt/M. 1961.

<sup>22</sup> Wie Anm. 12.

<sup>23</sup> Ward, Patricia Dawson, The Threat of Peace. James F. Byrnes and the Council of Foreign Ministers, 1945–1946, Kent/Ohio 1976.

<sup>24</sup> Zuletzt Krieger, Wolfgang, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987. Dort auch weiterführende Literatur.

<sup>25</sup> Vgl. Staritz, Dietrich, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984. Sandford, George, From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany 1945–1946, Princeton 1983. Immer noch Nettel, J. Peter, Die deutsche Sowjetzone bis heute, Frankfurt/M. 1953.

<sup>26</sup> So von Buttlar, Walrab, Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947, Stuttgart 1980.

England hoffte, durch eine definitive Grenze in Deutschland sowohl die USA auf Europa zu verpflichten als auch fest abgegrenzte Einflußsphären zu erreichen, die langfristig eine Entspannungspolitik mit der Sowjetunion ermöglichen sollten. London legte die Erfahrung des Appeasement-Scheiterns auf diese Konferenzen um und baute auf einem integralen Verhandlungskonzept auf, das den an sich diskreditierten Begriff des „general settlement“ aufgriff. Im erneuten Umgang mit einem Staat, dessen innenpolitischer Begründungszusammenhang eine potentielle Expansion einschloß, galt es nur dann eine Viermächtelösung zuzulassen, wenn alle Probleme zusammen gelöst würden, um nicht wieder über Einzelvereinbarungen in die Defensive gezwungen zu werden. Nach einem klaren Bruch in Deutschland zielte England wenn nicht auf freundschaftliche Beziehungen, so doch auf Abwesenheit feindlicher Spannungen zwischen Ost und West, zugleich aber auch auf die westliche Kontrolle des (west)deutschen Wirtschaftspotentials; ersteres sollte sich erst langfristig und nicht unter englischen Vorzeichen durchsetzen, letzteres fiel der Rücksicht auf die angelsächsische Allianz zum Opfer, der England bedurfte.

Für die französische Seite ergibt sich eine kontinuierliche Ausrichtung der Planung auf die Zeit nach dem Viermächtesystem, dem keine Dauer zugeschrieben wurde. Die Abtrennungsthesen für die Ruhr und das Rheinland hatten von Anfang an taktischen Charakter, und die Moskauer Konferenz stellte sich nur für die Öffentlichkeit als Wende dar. Paris suchte das Viermächtesystem zu nutzen, um westliche Zugeständnisse für eine Ruhrkontrolle zu erhalten. Die Planung kalkulierte seit 1943/44 kontinuierlich eine Politik *mit* Deutschland ein, um auf diese Weise sowohl die letzte Chance einer ‚kooperativen Kontrolle‘ als auch einer originär-französischen Komponente im Westbündnis zu wahren, um diese Einbindung nicht automatisch eine eigenständige Deutschlandpolitik präjudizieren zu lassen. Frankreich schwenkte schon 1946 auf einen bundesstaatlichen Ansatz um und sah schon vor der Libération die wirtschaftliche Integration Deutschlands als Lösung für das Dominanz- und Dependenzverhältnis, ohne daß damit die vorhandene Bandbreite zwischen Furcht und Bewunderung bereits ausgelotet ist, die den französischen Blick nach Deutschland prägte.

Die Mittelmächte trafen sich im Wunsch nach einer Kontrolle Deutschlands. England wehrte aber die ständigen französischen Vorstöße für eine auch gegen die amerikanische Übermacht im Westbündnis gerichtete Allianz ab, und die französisch-deutsche Prägung der europäischen Integration resultiert nicht zuletzt aus dem Scheitern der ständigen Initiativen des französischen Außenministers in den unmittelbaren Nachkriegsjahren.

Im Versuch, die Hintergründe der beiden Positionen auszuleuchten und so die Entstehung des heutigen europäischen Systems einen Zoll weit zu „historisieren“, werden zudem gerade die Probleme im entstehenden Westbündnis wichtig, die zum Teil aus der Nähe der westeuropäischen Zielvorstellungen zu den sowjetischen Forderungen resultierten. Die USA übten mit der Andeutung einer Kooperationsbereitschaft gegenüber Moskau Druck auf die Westeuropäer aus, um deren Forderungen an Deutschland in den Hintergrund zu drängen. Die

Politik der Großmächte erscheint hier natürlich eher durch den Spiegel britischer und französischer Quellen; diese ergeben, daß die Sowjetunion zumindest auf den Konferenzen seit Anfang 1947 verstärkt versuchte (und zwar im Maße des Erfolgs des britischen Konzepts), die Mechanismen für den Einfluß in ganz Deutschland offenzuhalten, so daß die ambivalente Politik der Sowjetunion sowohl in ihrer aggressiven wie konziliannten Komponente zum amerikanischen Bewußtwerden der eigenen Großmachtrolle beitrug.

Trotz der Literaturflut zur Deutschen Frage liegen weder zum Kontrollrat noch zum Reparations- oder Ruhrproblem oder auch zur Reintegration Deutschlands in den internationalen Handel zusammenfassende Arbeiten vor. Die Zusammenhänge von Innen-, Binnenwirtschafts- und Außenpolitik sind auch noch nicht im einzelnen erarbeitet. Inhaltlich wird die Darstellung erschwert durch die Zersplitterung der Deutschlandpolitik in mehrere Planungsebenen. Außenministerien, Kabinettsmitglieder und Militärregierung in Deutschland arbeiteten (wie in den USA) eher gegen- als miteinander, so daß die historische Darstellung leicht einen zentrifugalen Charakter zu erhalten droht. Die Konzeptionen der Außenministerien stehen hier im Vordergrund, die Besatzungswirklichkeit als solche bleibt bis auf die Planungen ausgeblendet, die direkt auf die Außenministerkonferenzen einwirkten bzw. daraus resultierten. Auf beiden Seiten setzten sich die Außenminister durch, auch wenn dies für die französische Seite weniger einleuchtend nachvollzogen werden kann als für die englische. Bereiche wie die Entmilitarisierungsdebatte auf den Konferenzen fallen vollkommen fort. Es handelt sich keinesfalls um eine erschöpfende Darstellung; der funktionale Charakter der Konferenzen war wichtiger als einzelne Sachdiskussionen.

Der Arbeit liegen neben den veröffentlichten Quellen die Serien des Foreign Office und die englischen Kabinettpapiere und -protokolle im Public Record Office zugrunde, zudem die persönlichen Nachlässe Außenminister Ernest Bevin, Sir Orme Sargents (Permanent Under-Secretary of State) sowie Sir Archibald Clark Kerrs (Botschafter in Moskau bzw. Washington). Für Frankreich wurden die Serien des Quai d'Orsay ausgewertet, während die Akten der französischen Militärregierung, zum Zeitpunkt der Archivarbeiten nur über die Zentrale in Paris zugänglich und nur teilweise verzeichnet, nicht berücksichtigt wurden. Das Militärarchiv in Vincennes, bisher noch für keine Arbeit über diesen Bereich ausgewertet,<sup>27</sup> enthält die Korrespondenz zwischen Paris und der Groupe Française in Berlin sowie die Vorschläge des Verteidigungsministeriums. Ertragreich waren die Nachlässe Außenminister Georges Bidaults und René Massigli's, des französischen Botschafters in London, beide bisher noch

<sup>27</sup> Nur ein erster Hinweis von Catherine de Cuttoli-Uhel, *La politique allemande de la France (1945-1948), symbole de son impuissance? Beitrag zum Kolloquium „Machtrealitäten in Europa 1948“*, Augsburg 1984 (Ms.), zit. nach Hudemann, *Wirkungen französischer Besatzungspolitik*, S. 171. Sowohl die Akten in Vincennes als auch die Nachlässe Georges Bidaults und René Massigli's waren zum Zeitpunkt der Archivarbeiten noch nicht definitiv verzeichnet. In Vincennes sind die hier als Serie P bzw. Q zitierten Quellen jetzt in die Serie U integriert.

## 10 Einleitung

nicht systematisch ausgewertet. Die Dokumente des französischen Conseil des Ministres sind nicht zugänglich, die Akten des Finanz- und Wirtschaftsministeriums immer noch nur unter großem Zeitaufwand und dann auch nicht vollständig einzusehen, so daß hier darauf verzichtet wurde, dies den Ansatz der Arbeit aber auch gesprengt hätte. Das Manuskript wurde im wesentlichen im Sommer 1988 abgeschlossen; nach diesem Zeitpunkt erschienene Veröffentlichungen wurden nur noch z.T. berücksichtigt.

# I. Kriegserfahrung und Machtverlust: Konferenzen im neuen Mächtesystem

## 1. Die Potsdamer Vereinbarungen

Die Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945, die u.a. die Einsetzung des Außenministerrates beschloß, ist häufig beschrieben worden. Die Vereinbarungen, die Roosevelt, Stalin und Churchill (von Clement Attlee nach dem Wahlsieg der Labourpartei in England am 25. Juli abgelöst) dort trafen, sollen aber kurz skizziert werden, da sie die Grundlage für die Außenministerverhandlungen bildeten.

Die Kriegskoalition war zu diesem Zeitpunkt bereits brüchig. Die Kriegsentwicklung und der Vorstoß der Roten Armee hatten die sowjetische Kontrolle über Osteuropa verfestigt, und die Konferenz von Jalta im Februar 1945 war bereits geprägt von alliierten Differenzen über die Frage demokratischer Regierungen in Osteuropa, besonders in Polen. Vor Kriegsende blieb eine konkrete Ausformulierung der Grundsätze für die Behandlung Deutschlands noch aus. Der auf der ersten Kriegskonferenz der gegen Deutschland verbündeten Mächte in Teheran 1943 zuerst auf Konferenzebene angesprochene Gedanke des „dismemberments“ Deutschlands, während der letzten Kriegsjahre z.B. im Rahmen der amerikanischen Morgenthau-Pläne zur Agrarisierung Deutschlands oder Churchills Vorstellungen über eine Donauföderation ventiliert, wurde in Jalta zwar zur Aufnahme in die Kapitulationsurkunde vorgeschlagen, bis zur Potsdamer Konferenz aber wieder fallengelassen.<sup>1</sup>

In Jalta erhielt nur der formale Rahmen des alliierten Systems für Deutschland konkretere Form. Die von der 1943 gebildeten European Advisory Commission vorgenommene Zoneneinteilung wurde bestätigt, Frankreich offiziell in den Kreis der Besatzungsmächte aufgenommen und ein Kontrollrat in Berlin als oberste interalliierte Verwaltungsinstanz festgelegt.<sup>2</sup> Die Reparationsfrage kristallisierte sich dagegen als ein Hauptstreitpunkt heraus. Roosevelt, auf den Erhalt der großen Koalition bedacht, akzeptierte gegen den Einspruch Churchills Stalins Wunsch, die Summe von \$ 20 Mrd. als Verhand-

<sup>1</sup> Backer, John, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943–1948, München 1981; ders., Priming the German Economy: American Occupational Policies 1945–1948, Durham/N.C. 1971; Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands, S. 79ff.

<sup>2</sup> Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, S. 29f.

lungsgrundlage zu nehmen, die Hälfte davon für die Sowjetunion, während als Form der Reparationen Arbeitskraft, Demontagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion festgehalten wurden.<sup>3</sup> Die Berliner Erklärung vom 5. Juni dokumentierte die Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Alliierten in Deutschland und bestätigte erneut die Zonenhoheit der einzelnen Zonenkommandeure.

Der in Potsdam eingerichtete Außenministerrat der vier Besatzungsmächte (sowie Chinas, das an den Deutschlanddebatten aber nicht teilnahm) sollte eine „friedliche Lösung für Deutschland“ vorbereiten, damit „das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“<sup>4</sup> Der Rat als Ausdruck der amerikanisch-kooperativen Sicherheitspolitik sollte die Allianz institutionalisieren, explizit die Beseitigung von Interessensphären ermöglichen und sowohl britische als auch sowjetische Alleingänge verhindern.<sup>5</sup> Bei der Diskussion der deutschlandpolitischen Grundsätze verursachte die Reparationsfrage wieder die schärfsten Konflikte. Die Einigung gelang letztlich durch einen wieder von amerikanischer Seite vorgelegten Kompromiß zwischen Reparationsregelung und Oder-Neiße-Frage. Stalin verzichtete gegen die westliche de-facto-Anerkennung der östlichen Oder-Neiße-Grenze auf eine bereits in Potsdam festzusetzende Summe, während die Reparationsentnahmen zunächst aus jeder Zone durch die jeweilige Besatzungsmacht vorgenommen werden sollten.<sup>6</sup> Die schließlich verabschiedeten politischen und wirtschaftlichen Grundsätze sollten eine in ganz Deutschland gleiche Behandlung garantieren, allerdings, wie der vorsichtige Zusatz lautete, nur „so weit praktisch durchführbar.“

Dementsprechend ambivalent waren die Grundsätze. Sie zielten auf die Föderalisierung Deutschlands, ohne seine Lebensfähigkeit beeinflussen zu wollen, da sonst der Wunsch, den deutschen Zentralismus zu beseitigen und der deutschen Wirtschaftsmacht das Aggressionspotential zu nehmen, das wirtschaftliche Chaos der Kriegsfolgeprobleme zu verschärfen drohte. Die politi-

<sup>3</sup> Vgl. Foschepoth, Josef, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: Ders. (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte, 1945–1952*, Göttingen/Zürich 1985, S. 180ff.; ders., „Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam“, in: *VfZ* 30 (1982), S. 675–714.

<sup>4</sup> Text der Vereinbarungen abgedr. bei Antoni, Michael, *Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Geltung, Inhalt und staatsrechtliche Bedeutung*, Berlin 1985, S. 340–348. Zur Konferenz Feis, Herbert, *Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen*, Frankfurt 1962; Backer, *Entscheidung zur Teilung*; Foschepoth, *Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam*; zur Erläuterung der widersprüchlichen Potsdamer Vereinbarungen v.a. Gottlieb, Manuel, *The German Peace Settlement and the Berlin Crisis*, New York 1960.

<sup>5</sup> Vgl. Link, Werner, *Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, in: *Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949. Studien zur Deutschlandfrage*, Bd. 7, Berlin 1984, S. 7–23, hier S. 9, zur Unterscheidung zwischen „abwehrender Sicherheit gegenüber den Aggressorstaaten Deutschland und Japan (und) kooperativer Sicherheit mit den anderen Großmächten“ als Hauptlinien Rooseveltscher Außenpolitik. Der Außenministerrat galt als „interim means“ zur Liquidierung von Interessensphären.

<sup>6</sup> Foschepoth, *Konflikte in der Reparationspolitik*, S. 180ff.

schen Grundsätze, neben den allgemeinen Formeln zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entkartellisierung und Demokratisierung, betonten die Dezentralisierung der politischen Struktur und die Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung (Paragraph 9). Eine deutsche Zentralregierung sollte bis auf weiteres nicht errichtet werden, dafür jedoch Zentralverwaltungen für Finanzen, Transport- und Verkehrswesen, Außenhandel und Industrie, mit deutschen Staatssekretären an der Spitze, aber unter Leitung des Kontrollrates. Die Zentralisierung in notwendigen wirtschaftlichen Bereichen (mit Hilfe bestimmter Behörden) war somit (als politischer Grundsatz) vorgeschrieben, während der allgemeine Verwaltungsauftrag die Dezentralisierung in den Vordergrund rückte.

Die wirtschaftlichen Richtlinien postulierten (in Paragraph 14) die Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit, und zwar mit Hilfe gemeinsamer Richtlinien für Industrie, Landwirtschaft, Lohn-Preis-Politik, ein Import-Export-Programm, Währung, Reparationen und die Beseitigung des militärischen Industriepotentials sowie Transport- und Verkehrswesen. Diese Richtlinien sollten allerdings wieder die jeweils gegebenen örtlichen (wohl zonalen) Bedingungen berücksichtigen. Hier stand also nicht die institutionelle Zentralisierung im Vordergrund, sondern die Absprache identischer Verhaltensweisen; unklar blieb jedoch die zeitliche Abfolge, d.h. die Frage, ob Zentralverwaltungen z.B. für Außenhandel und Finanzen diese Absprachen voraussetzten oder die Voraussetzungen dafür schaffen sollten. Paragraph 15 sah die alliierte Kontrolle des deutschen Wirtschaftslebens in den „Grenzen, die notwendig sind“, vor; genau diese Grenzen waren noch strittig, mit der sowjetischen Forderung nach einer Viermächteruhrkontrolle aber auf den Nenner gebracht. Die Kontrolle sollte die wirtschaftliche Abrüstung, die Reparationen und erlaubte Ein- und Ausfuhr sichern sowie zur Importreduzierung und einer gleichmäßigen Verteilung wesentlicher Waren unter den Zonen beitragen. Konkrete Zahlen sollte der Kontrollrat ausarbeiten. Der Lebensstandard Deutschlands sollte den mittleren Standard der europäischen Länder (unter Ausschluß Großbritanniens und der Sowjetunion) nicht übersteigen; diese Formel reflektierte noch die Morgenthausehe Linie der amerikanischen Deutschlandpolitik statt der auch vorhandenen Position, die ein multilateral-stabilisiertes Wirtschaftsgleichgewicht in Europa zur Voraussetzung einer auch politisch dauerhaften Friedensordnung erklärte, mit ihrem gesamteuropäischen Anspruch aber mit der Moskauer Forderung nach Anerkennung seines Einflßbereiches in Osteuropa kollidierte.<sup>7</sup>

Der letzte Paragraph (19) der wirtschaftlichen Prinzipien rekurrierte auf die Probleme, die die Reparationsfrage aufwarf.<sup>8</sup> Die Potsdamer Vereinbarungen ließen die Klausel der Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion fallen. Die Reparationen sollten das deutsche Volk nicht von äußerer Hilfe

<sup>7</sup> LaFeber, Walter, *America, Russia and the Cold War, 1945-1980*, 4New York usw. 1980, S. 13ff.

<sup>8</sup> Zu deren Entwicklung Foschepoth, *Zwischen Jalta und Potsdam*, bes. S. 685ff.

abhängig werden lassen. Die Großen Drei beschlossen daher, die Exporterlöse aus der laufenden Produktion und den Warenbeständen in erster Linie der Bezahlung notwendiger Importe dienen zu lassen. Was jeweils notwendig war, blieb wieder den Zonenkommandeuren überlassen, unter Berücksichtigung der „wirtschaftlichen Balance“ Gesamtdeutschlands. Gleichzeitig hieß es aber weiter, daß diese Bedingungen nicht angewandt würden auf die Punkte 4a und 4b der Reparationsregelung für Deutschland, die unter dem erwähnten Kompromiß zustandegekommen war.

Hier kam nun die Ambivalenz der Vereinbarungen voll zum Tragen. Der amerikanische Kompromiß schrieb die Reparationsentnahmen aus jeder Zone durch die jeweilige Besatzungsmacht vor. Zusätzlich aber sollte die Sowjetunion (laut Punkt 4a) 15 % der „für die deutsche Friedenswirtschaft unnötigen“ industriellen Ausrüstung der Westzonen für Gegenwert und (so Punkt 4b) 10 % ohne Gegenleistung erhalten, auf die die Priorität der Importdeckung durch die laufende Produktion ausdrücklich nicht angewandt wurde.<sup>9</sup> Die definitive Reparationssumme blieb noch offen und würde auch vom ebenfalls noch im Kontrollrat auszuhandelnden Industrieniveau abhängen.

Damit bildeten politische Dezentralisierung und wirtschaftliche Zentralisierung ebenso alliierten Auftrag, wie die zonale Oberhoheit und die Formel einheitlicher Behandlung zusammen festgeschrieben wurden. Gegen die Verfügungsgewalt der Zonenkommandeure konnte der Passus in Paragraph 14 angeführt werden, der Absprachen in Bezug auf industrielle Maßnahmen, Reparationen und Außenhandel forderte, ersteres konnte sich aber eben auch auf die Potsdamer Vereinbarungen stützen. Eine klare Prioritätensetzung hinsichtlich zonaler Reparationsentnahmen, sowjetischem Anrecht auf westliche Lieferungen, und Importdeckung durch Exporterlöse blieb aus. Galt die Importpriorität auch nicht für die Lieferungen aus den Westzonen, konnte Paragraph 14 dennoch so interpretiert werden, daß ein Versagen in einem Punkt, z.B. die Verweigerung eines gemeinsamen Zonenaußenhandels, auch das „Recht“ auf Reparationen einschränkte, wobei im Prinzip all diese Vereinbarungen die Basis zur Ausarbeitung von Verfahrensweisen darstellten und keine einklagbar-vertraglichen Rechte. Die Realisierung des in sich widersprüchlichen „unordentlichen Nachwortes“ zur Kriegsallianz<sup>10</sup> hing von der Verständigungsbereitschaft der Alliierten im Außenminister- und Kontrollrat ab. Frankreich, an der Ausarbeitung der Richtlinien selbst nicht beteiligt, erhielt am 31. Juli die offizielle Einladung zur Beteiligung am Außenministerrat und erhob, mit der Zusage am 7. August, Einspruch u.a. gegen die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen und auf nationaler Ebene zugelassener Parteien.<sup>11</sup> Damit lag das erste offizielle Veto vor, aber unter dem alles überwölbenden

<sup>9</sup> So auch Backer, *Teilung*, S. 91; Gottlieb, *German Peace Settlement*, S. 41.

<sup>10</sup> Seaman, L.C.B., *Post-Victorian Britain 1908-1951*, London 1985, S. 399.

<sup>11</sup> EA 1954, S. 6745, Note GPRF an die USA, Sowjetunion, Großbritannien, 7. 8. 1945.

Demokratisierungsauftrag<sup>12</sup> konnten bereits die Vereinbarungen selbst den Anlaß bieten, sich jederzeit auf die „Realität der Zonenmacht“ zurückziehen.<sup>13</sup>

## 2. Frankreich: Résistanceplanung – Eine neue „neue Ordnung“

Frankreichs Rückkehr in den Kreis der Siegermächte vollzog sich über den Widerstand gegen die Regierung im eigenen Land. In der unmittelbaren Nachkriegszeit verknüpfte sich daher das Problem der Sicherheit vor Deutschland mit der Frage nach dem eigenen nationalen Selbstverständnis sowie der zukünftigen Stellung Frankreichs im internationalen System.<sup>14</sup> Die „Krise des Selbstverständnisses“ der dreissiger Jahre (Stanley Hoffmann) endete 1940 im militärischen und politischen Zusammenbruch nach dem dritten deutschen Angriff innerhalb von 70 Jahren, und es lag nahe, daß die Résistance, die einen Großteil der politischen Elite nach 1944 stellte, auch ihr Bewußtsein von nationaler Spaltung und moralischem Versagen durch die Kollaboration auf die Deutschlandplanung übertrug.<sup>15</sup> Die Mitglieder des Freien Frankreich, im September 1941 in London im Conseil National Français in quasi-gouvernementaler Struktur begründet, im Juni 1943 als Conseil National de la Libération Française in Algier konstituiert und ein Jahr später zur Provisorischen Regierung umgewandelt, waren sich der französischen Schwäche voll bewußt.

Die Mitarbeiter de Gaulles formulierten drei Hauptgedanken, die die Politik nachhaltig beeinflussen sollten. Die Verknüpfung von Militär- und Wirtschaftsmacht<sup>16</sup> in diesem Krieg ließ sie erstens, vor der Folie der durch wirtschaftlich-finanzielle Krisen geschwächten Außenpolitik der Zwischenkriegszeit,<sup>17</sup> die Sicherheit Frankreichs wirtschaftlich definieren. Sie wollten keineswegs ein neues Versailles, im Gegenteil galt es den „Versailler Fehler“ einer rein vertraglichen Abmachung zu vermeiden. Eine dauerhafte Friedensordnung, so

<sup>12</sup> Herz, John H. (Hrsg.), *From Dictatorship to Democracy. Coping with the Legacies of Authoritarianism and Totalitarianism*, Westport/Conn. 1982, S. 18.

<sup>13</sup> Gottlieb, *German Peace Settlement*, S. 41; Backer, *Teilung*, S. 93.

<sup>14</sup> Loth, Wilfried, *Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949*, in: Scharf, Claus/Hans-Jürgen Schröder, *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1982, S. 27.

<sup>15</sup> Hoffmann, Stanley, *Decline or Renewal, France since the 1930s*, New York 1974; Grosser, Alfred, *Affaires Extérieures, La Politique de la France 1944/84*, Paris 1984, S. 19–38; vgl. für die Vichy-Politik und die Kollaborationsproblematik Paxton, Robert, *Vichy France, Old Guard and New Order, 1940–1944*, New York 1972; Azéma, Jean-Pierre, *De Munich à la Libération, 1938–1944*, Paris 1979; Kuisel, Richard, *Capitalism and the State in modern France. Renovation and economic management in the twentieth century*, Cambridge/London 1981.

<sup>16</sup> Milward, Alan, *The New Order and the French Economy*, Oxford 1970; Jäckel, Eberhard, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1960.

<sup>17</sup> Shuker, Stephen, *The End of French Predominance in Europe, 1916–1924*, Chapel Hill 1976; zur Interdependenz von innenpolitischer Polarisierung, wirtschaftlicher und außenpolitischer Schwäche in den dreissiger Jahren Franckenstein, Robert, *Le Prix du Réarmement Français, 1935–1939*, Paris 1982.

hieß es schon 1943, setze „organische“ Eingriffe in die deutsche Wirtschaft voraus, um später dann eine wirtschaftliche Integration Deutschlands im westeuropäischen Zusammenhang zu ermöglichen.<sup>18</sup> Integration und Sicherheit galten durchaus schon als zwei Seiten einer Medaille.<sup>19</sup> Diese Forderung gründete zweitens im Schwähebewußtsein nicht nur gegenüber den Alliierten, sondern gerade auch gegenüber Deutschland. Der schnelle Zusammenbruch 1940 und die Kollaboration mit dem Besatzer führten vermutlich zu der Forderung, Frankreich müsse durch ein „œuvre d'imagination“ und gleichzeitige Festigkeit der Doktrin den Deutschen beweisen, daß auch eine demokratische Nation zugleich „digne et fort“ sein konnte.<sup>20</sup> Der dritte Gedanke wurde genauso deutlich formuliert: nur der alliierte Verbund ermöglichte französische Festigkeit gegenüber Deutschland. Nur, und hier manifestierte sich der Souveränitätsanspruch als regulative Idee, mußte die Abhängigkeit von nicht frei verfügbarer westlicher Unterstützung revidiert werden; auch deshalb war eine erneute Isolierung der durch den Krieg macht- wie prestigemäßig stark aufgewerteten Sowjetunion unbedingt zu vermeiden, aus dieser Sicht ein Kardinalfehler des internationalen Systems vor 1941.<sup>21</sup>

Ein Konzept auf dieser Grundlage mußte in sich widersprüchlich sein. Der einzige Garant der Sicherheit blieb die alliierte Kooperation. Diese aber war zum einen bereits in sich brüchig, wie englische Informationen über die Arbeit der European Advisory Commission andeuteten;<sup>22</sup> zum anderen mußte ihr eine eigenständige Doktrin, Symbol einer angestrebten Souveränität, noch mehr

<sup>18</sup> Als früheste Beispiele mögen dienen: Guerre 1939–1945, 1385, Col. Rivet, Dir. des Services de Renseignements et de Sécurité Militaire, à Ministère des Affaires Extérieures (MAE), Alger 10. 6. 1943; ebd., Générale Bourcat, Commandant de Force Aérien Nord et Ouest Afrique, Alger 18. 6. 1943, und Rouin, Dir. des Services Speciaux, Alger 23. 6. 1943; vgl. Gillingham, John, „Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung,“ in: VfZ 35 (1987), S. 124, der aber nur Kontinuität und Dynamik der französischen Planung seit 1944 hervorhebt, ohne auf die Politik bis Ende 1947 näher einzugehen.

<sup>19</sup> So schon Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, allerdings erst für die Zeit nach 1947/48; zu krass in der Gegenüberstellung von nationalstaatlich-gaullistischer und europäischer Orientierung Lippens, Walter, „Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles, 1944–1946“, in: VfZ 21 (1973), S. 52–100. Vgl. zu den Planungen der sozialistischen Résistance, die unter der Führung Léon Blums zumindest theoretisch eine supranationale Organisation und Integration Deutschlands anstrebte, Loth, Wilfried, „Les Projets de Politique Extérieure de la Résistance Socialiste en France“, in: RHM 24 (1977), S. 544–569; ders., Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.

<sup>20</sup> Guerre 1939–45, Alger CFLN–GPRF, AL/LV, note 2.3. 1944: Die Verknüpfung der internen Rekonstruktion und der Deutschlandlösung sollte die wirtschaftlich definierte Sicherheit Frankreichs im Verbund mit den Alliierten sichern; vgl. Lynch, Frances, The Political and Economic Reconstruction of France in the international context, 1944–1947, Ph. D. Manchester 1981, für einen, wenn in der Intention auch überbetonten Zusammenhang zwischen Monnet-Plan und Deutschlandpolitik; Y 1944/1949, 278–51–2, Bidault an Massigli, 28. 11. 1944, Instructions sur les conditions à imposer à l'Allemagne.

<sup>21</sup> Y1944/1949, 278–54–1, Maurice Dejean, Le problème allemand, London 21. 8. 1944. Der im Dezember 1944 abgeschlossene Vertrag mit Moskau sollte natürlich auch die unabhängige Allianzenpolitik ermöglichen, vgl. Weisenfeld, Ernst, Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986, S. 16ff.

<sup>22</sup> Y 1944/1949, 278–55–1, Massigli an Bidault, 30. 9. 1944; Frankreich wurde zwar erst im Herbst 1944 in die European Advisory Commission aufgenommen, der englische Vertreter William Strang hielt aber engen Kontakt zu Massigli und wies ihn auf die englisch-sowjetischen Spannungen hin. Zur

entgegenarbeiten. Eine Lösung konnte im Charakter der Koalition selber liegen. Die französische Planung ging von der Prämisse divergierender Demokratievorstellungen aus, die die Besatzungspolitik prägen würden, so daß diese Konstellation bei Abwesenheit originär-französischer Stärke zum größtmöglichen Profit gewandt werden mußte. Geling es, eine Stellungnahme im ideologischen Konflikt zu vermeiden, so hofften die Planer im CFLN die französische Abhängigkeit gerade durch das Aufeinandertreffen der gegensätzlichen Zielvorstellungen im Kontrollrat mildern zu können. Bei der zu erwartenden Umorientierung der deutschen Sozialstruktur in der sowjetischen Zone schien auch eine Lockerung der politischen Bande um das Rheinland möglich, ohne daß Frankreich zur Zielscheibe eines neuen deutschen Revanchismus werden mußte.<sup>23</sup> Diskussionen über wirtschaftliche Integration in Westeuropa, so das Fazit, sollten aber vermieden werden, um nicht amerikanisches Mißtrauen über ein innereuropäisches Präferenzsystem zu wecken. Der Widerspruch zwischen Zielen und Mitteln ist den Franzosen häufig zum Vorwurf gemacht worden.<sup>24</sup> Er wurde hier bewußt kalkuliertes Programm.

Die von de Gaulle formulierten Abtrennungsthesen stießen daher sofort auf Widerstand von Planern wie René Massigli, Maurice Dejean und René Mayer. Bei einer eventuellen Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes und dessen Ein-schluß in eine westeuropäische Föderation, von de Gaulle tentativ in die Richtlinien vom 30. Oktober 1943 aufgenommen,<sup>25</sup> befürchteten sie negative ökonomische Folgen, alliierte Widerstände und deutschen Protest gegen eine nur Deutschland betreffende Beschränkung von Souveränitätsrechten. Als Alternative schlug das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten unter Massigli die Besetzung des Rheinlandes vor,<sup>26</sup> während die Londoner Gruppe auf die langsame Durchsetzung partikularistischer Tendenzen in Deutschland hoffte, die die Teheraner Forderung nach „dismemberment“ überflüssig ma-

EAC Kowalski, Hans-Günther, „Die 'European Advisory Commission' als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945“, in: VfZ 19 (1971), S. 261–293.

<sup>23</sup> Guerre 1939/1945, Alger CFLN–GPRF, note 2. 3. 1944, „Le Problème de la Paix avec l'Allemagne“; ebenda, Dejean/London an Massigli/Algier, 10. 9. 1944; Y 1944/1949, 278–54–1, Note Dejean 21. 8. 1944, „Le Problème allemand“, London.

<sup>24</sup> Typisch Kiersch, Gerhard, Französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Scharf/Schröder, Deutschlandpolitik, S. 61–75; Henke, Klaus-Dietmar, „Politik der Widersprüche“, in: VfZ 30 (1982), S. 500–537.

<sup>25</sup> Poidevin, Raymond, Französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf/Schröder, Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 16.

<sup>26</sup> „Les Garanties de Sécurité vis-à-vis de l'Allemagne“, 24. 3. 1944, Alger, 1385, S. 7, zit. nach Schreiner, Reinhard, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/M., Bern, New York 1985, S. 33; unter Rheinland verstand man das deutsche linksrheinische Ufer und drei rechtsrheinische Brückenköpfe, der erste vom Teutoburger Wald bis zum Zusammenfluß von Sieg und Rhein, der zweite das Dreieck Koblenz-Frankfurt-Mannheim und der dritte ein Landstreifen am Rhein entlang von dem Straßburg gegenübergelegenen Appenweiher bis zur schweizerischen Grenze. Massigli war 1938 von Außenminister Georges Bonnet wegen seiner Opposition zu dessen Appeasementpolitik nach Ankara versetzt, von dort aber 1942 auf Weisung der deutschen Besatzungsmacht zurückgerufen worden, weil er weiter Widerstand zu organisieren versuchte; Les Affaires Extérieures et le Corps Diplomatique Français, II, 1870–1980. Histoire de l'Administration Française, Paris 1984, S. 352f, 543ff.

chen sollte.<sup>27</sup> Die Forderung nach einem vom Reich getrennten und mit Westeuropa „strategisch und wirtschaftlich“ verbundenem Rheinland blieb zwar einer gängiger Topos französischer Äußerungen,<sup>28</sup> dieser verdrängte aber nie die interne Forderung nach einer geschickteren Politik.

Aus Unsicherheit über alliierte Ziele<sup>29</sup> und die Situation bei Kriegsende nahmen die Pläne zur wirtschaftlichen Integration Deutschlands aber erst mit der Etablierung der Provisorischen Regierung im August 1944 bzw. den alliierten Vereinbarungen über die Kontrollorganisation in Deutschland im Herbst 1944 konkretere Gestalt an. De Gaulle dominierte die neue Führungsmannschaft, so daß diese zunächst die Forderung nach einem unabhängigen rheinisch-westfälischen Staat als Teil des offiziellen Programms bestätigte.<sup>30</sup> Hervé Alphand, neuer Leiter der Wirtschaftsabteilung, und André Siegfried vom Wirtschaftsministerium bezweifelten aber sowohl die Lebensfähigkeit Deutschlands nach der Abtrennung von Rhein- und Ruhrgebiet, Pommern, Schlesien und Österreich als auch die Durchsetzbarkeit der Abtrennungen zusätzlich zur umfassenden Kontrolle. Der akzeptierte Entwurf, Ende November noch einmal vorgelegt, setzte für einen lebensfähigen separaten Staat ein ausgewogenes europäisches Wirtschaftsgefüge voraus und sprach sogar von „eigenen Opfern“, um den rheinischen Exporten ein „champ d’expansion suffisant“ einzuräumen.<sup>31</sup>

Damit war das zentrale Thema der folgenden internen Diskussion angesprochen. Sie drehte sich auch weiterhin weniger um die Frage des Rangs unter den Großmächten als das Problem, das deutsche Wirtschaftspotential zu bändigen. Georges Bidault, seit 1943 Führer der inneren Résistance und seit August 1944 Außenminister,<sup>32</sup> wies kategorisch jeden Annexionsgedanken zurück, da die nachbarlichen Wirtschaftsstrukturen durch das deutsche Potential „erdrückt“ zu

<sup>27</sup> Y 1944/1949, 278–54–1, Maurice Dejean, London, 21. 8. 1944, „Le Problème allemand.“

<sup>28</sup> Schreiner, Bidault, S. 31; Weisenfeld, Welches Deutschland, S. 15.

<sup>29</sup> Poidevin, Deutschlandpolitik, in: Scharf/Schröder, Französische Deutschlandpolitik, S. 17.

<sup>30</sup> Papiers Bidault, 457 AP 60, 550–1, Protokoll Sitzung 9. 11. 1944 unter Leitung Hervé Alphands, des neuen Leiters der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Inspecteur des Finances am Ende der 3. Republik, als Jude unter Vichy abgesetzt (Paxton, Vichy France, S. 315); Directeur des Affaires Economiques, „Le Désarmement de l’Allemagne.“ Die Abtrennungsthesen werden meist als Beweis für de Gaulles Grandeur-Konzept zitiert, vgl. Lippens, Bedingungen, u. ders., „Innenpolitische Kritik der Außenpolitik de Gaulles, 1944–1946“, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198. Vgl. Hoffman, Decline or Renewal, S. 191ff., zum Grandeurbegriff, der eine Haltung eher denn konkrete Politik und Ehrgeiz eher denn ein spezifisches Programm implizierte, dabei nicht auf Isolation oder Autarkie, sondern „Nichtdependenz“ von anderen abzielte, und die notwendigen Machtmittel in einer „flattery for reform“ rhetorisch vorspiegelte, um die Franzosen für ihren beschleunigten Erwerb zu motivieren. S.a. Touchard, Jean, Le Gaullisme 1940–1969, Paris 1978; Lacouture, Jean, De Gaulle. Biographie, 3 Bde., II: Le Politique, 1944–1958, Paris 1984.

<sup>31</sup> Papiers Bidault, 457 AP 60, 550–1, note 20.11.1944.

<sup>32</sup> Es gibt noch keine gute Biographie von Bidault; Ott, Barthélemy, Georges Bidault. L’Indomptable, Annonay 1975, ist eine leicht hagiographische, eher „dünne“ Studie (Ott war ebenfalls MRP-Funktionär nach 1944). Bidaults Memoiren, D’une résistance à l’autre, Paris 1965, streifen die Nachkriegsjahre nur kurz und sind vom Bruch mit de Gaulle über der Algerienfrage geprägt.

werden drohten.<sup>33</sup> Der Verfasser des November-Entwurfs<sup>34</sup> nun hielt bei einer Integration des „rheinischen wie deutschen Handels“ in ein multilaterales Wirtschaftsnetz das Dilemma zwischen deutscher Lebensfähigkeit und Aggression für auflösbar; die durch die Integration gegebene Kontrollmöglichkeit, so hoffte er, könne eine erneute deutsche Handelsdominanz ausschließen.

Der Widerspruch zwischen der Hoffnung auf alliierte Zusammenarbeit und einer gerade dadurch ermöglichten französischen „liberté d'action“ wurde anhand genau dieser Frage zur wirtschaftlichen Zukunft Europas programmatisch ausformuliert. Zwischen Außenministerium und Verteidigungsministerium kam es dabei zu Differenzen. Ersterem galt die Abtrennung wohl noch als beste Möglichkeit, die deutsche Verfügungsgewalt im Kohle- und Stahlbereich „à jamais (échapper) à la souveraineté allemande“ zu lassen. Sie konnte einen Mittelweg zwischen deutscher Monopolstellung und Morgenthauschen Plänen eröffnen, die in französischen Augen mit Sicherheit einen „état chaotique“ in Europa schaffen mußten. Eine Studie von Pierre Massé vom Januar 1945<sup>35</sup> resümierte, daß die „ausgerechnet von Hitler“ aufgezeigte Komplementarität der Wirtschaftsräume bei französischer „imagination, sagesse et volonté“ zu einem „super-réseau européen“ werden und zur, allerdings noch in weiter Zukunft liegenden, Integration Deutschlands führen könne.

Die Ablehnung der Abtrennung galt aber als fast sicher. Als Alternative forderte Alphand die internationale Kontrolle des Außenhandels sowie der Zuteilung von Kohle, Stahlprodukten und elektrischer Energie, die er bei der absehbaren totalen Kapitulation Deutschlands für „politisch entschuldbar“, vor allem aber durchsetzbar hielt. Hier stand in der Tat die Nutzung der deutschen Ressourcen für die französische Rekonstruktion im Vordergrund, die erst nach der „modernisation complète“ der eigenen Wirtschaft abgebaut werden sollte.<sup>36</sup> In jedem Fall bildet aber ein „besonders enge, internationales oder europäisches“ Verflechtungsnetz die *conditio sine qua non* für ein in pazifistischen Bahnen zu haltendes deutsches Ruhrgebiet. Mit Hilfe, wenn notwendig aber auch ohne Abtrennung hoffte man auf eine „entente...du charbon“, enge Handelsbeziehungen, nur jetzt auf Gleichberechtigungs- und nicht Dominanzbasis organisiert, sowie auf eine „direction européenne de la production

<sup>33</sup> Bidault spricht von der Gefahr des „bouleversement“, Y 1944/1949, 278–51–2, Bidault an Massigli, „Instructions sur les conditions à imposer à l'Allemagne“, 28. 11. 1944. Frankreichs industrieller Index war durch die Besatzungspolitik auf die Hälfte des Standes von 1937 gesunken. Zwischen 1940 und 1944 hatte Frankreich 35 Billionen RM Besatzungskosten gezahlt, das Doppelte der deutschen Reparationen von 1919–1932; vgl. Petzina, Dietmar, „The Origins of the ECSC: Economic Forces and Political Interests“, in: Zs.f.ges.Staatswiss. 137 (1981), S. 450–468, hier S. 456f.

<sup>34</sup> Vermutlich Prof. Meary vom Geographischen Institut in Paris, vgl. Protokoll vom 9. 11. 1944 (Anm. 30).

<sup>35</sup> Papiers Bidault, 457 AP 60, 550–2, Pierre Massé, 22. 1. 1945, zusammen mit einer Note Alphands vom Dezember 1944, die ähnliche Gedanken ausführte; Vincennes, 4 Q 119 (alte Numerierung), „Désarmement économique de l'Allemagne, mesures à imposer à l'industrie allemande“, 21. 2. 1945.

<sup>36</sup> Papiers Bidault, 457 AP, 662–1, Dir. des Aff. Econ, 19. 11. 1944, für die Formulierung der Kontrollziele; Lynch, Reconstruction, S. 113–221, betont diesen Dominanzcharakter, ohne aber die langfristigen Integrationswünsche zu beachten.

sidéurgique“, um das deutsche wirtschaftliche Übergewicht europäisch aufzulösen.

Eine internationale Kontrolle setzte in der Besatzungspolitik aber eine kooperative Linie voraus. Eine zu rigorose Zonenpolitik fand daher keine Gnade vor den Augen derjenigen, die erstens diese konstruktiven Aspekte gegenüber dem auch notwendigen Dezentralisierungsprozess in Deutschland hervorheben wollten und zweitens die Abhängigkeit von alliierter Hilfe einkalkulierten. Die Lösung von ideologischen oder Interessenkonflikten, so lautete dieses Fazit, oblag nur den alliierten Kontrollgremien gemeinsam.<sup>37</sup>

Konstruktive Politik ja, diesem Aufruf schloß sich das Verteidigungsministerium sofort an. Ausgerechnet gegen die gaullistischen Abtrennungsthesen aber erhoben die Militärs noch vehementeren Einspruch als z. B. Massigli. Generalstabschef Juin warnte nachdrücklich vor einem dadurch unausweichlich beschworenen Revanchismus, dem Trauma der dreißiger Jahre. Statt dessen solle Frankreich, so hieß es in den Entwürfen des EMDN, auf den Widerspruch zwischen der Zonenkommandeurgewalt und dem Einstimmigkeitsprinzip im Kontrollrat bauen, um ein „démembrement en particulier par la voie économique“ einleiten zu können. Aber auch eine internationale Kontrolle lehnten die Militärs ab, und hier kam der Wunsch nach eigenständiger Verteidigungsfähigkeit, nach einer ökonomisch-militärischen Untermauerung der gaullistischen Politik der freien Hand deutlich zum Ausdruck. Entweder, so lautete ihre Kritik, würde eine deutsche Unterordnung unter dieses Gremium ausbleiben oder Deutschland eine erneute Chance erhalten, die alliierten Spannungen auszunutzen. In erster Linie aber würde Frankreich sich den alliierten Wünschen in der Deutschlandpolitik unterordnen müssen, die eine bilaterale Verflechtung zum Nutzen Frankreichs verhindern würden.<sup>38</sup>

Juin selber forderte eine Entflechtung der deutschen Industrie und eine deutsch-französische Verflechtung, und in dieser bilateral statt multilateral formulierten Konzeption klang der Wunsch nach Machterneuerung sehr viel stärker an. Aber in der Befürchtung, durch eine „bloße“ Enteignung der deutschen Industrie zugunsten eines internationalen Gremiums den deutschen Zentralismus nur zu perpetuieren, kam auch der Respekt gegenüber diesem Gegner zum Ausdruck. Erst die spezifisch deutsche Verknüpfung von Staat und Wirtschaft habe die geballte militärische Macht bewirkt.<sup>39</sup> Für deren Auflösung griff Juin genau wie Bidault auf das deutsche „Vorbild“ aus der Kriegszeit zurück. Bidault hatte die deutschen Methoden der Außenhandelskontrolle und Treuhandverwaltung zur Kontrolle der besetzten Länder als Beispiel für die

<sup>37</sup> Vgl. Anm. 35; die kooperative Linie wurde um so dringender angeraten, als Frankreich aus Personalmangel auf deutsche Strukturen zurückgreifen müsse. Genannt wurden z. B. der Roheisen- und Stahlwerksverband. Vgl. Gillingham, John, „Zur Vorgeschichte der Montanunion. Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg“, in: VfZ 34 (1986), S. 381–405, zur Verflechtung bis zu diesem Zeitpunkt.

<sup>38</sup> Vincennes, 4 Q 11, Observations de l'Etat Major de la Défense Nationale, 31. 1. 1945; 4 Q 11, EMDN, note 7. 3. 1945.

<sup>39</sup> Ebenda.

französische Politik empfohlen.<sup>40</sup> Juin forderte wenig später als „la seule manière de vaincre tout à fait un ennemi, c'est de l'assimiler“.<sup>41</sup> Handelsverträge zwischen „bestimmten Territorien und angrenzenden Gebieten“ sowie eine Integration der Ruhrkohleproduktion in den westlichen Industriekreislauf beschrieb der EMDN als erste Schritte zu dieser „Assimilation“ bzw. Ablösung der westlichen Gebiete, die eben nicht den Eindruck einer forcierten Teilung vermitteln würden.

Auch Juins latenter Antikommunismus ließ ihn das Rheinland als „Arterie“ und nicht als Trennscheide zwischen den beiden Staaten sehen. Er sprach bereits von einer Verteidigung einer auf Frankreich orientierten Ruhr „weit im Osten“ und hielt es für möglich, daß der jetzt aufgefächerte westliche Kommandostab sich in Zukunft doch wieder als integrierte Besatzungsstruktur in Westdeutschland wiederfinden konnte, „au moins dans le cadre d'une entente régionale rhénane“.<sup>42</sup> Nur, und hier formulierte Juin die Kardinalmaxime für alle Planer, durfte dieser Bruch nicht auf Frankreich zurückzuführen sein, da ein dadurch forciertes deutscher Nationalismus Frankreich zur sofortigen Entscheidung zwischen zwei Lagern gezwungen hätte. Ein offener Ost-West-Konflikt mußte jede eigenständige Politik gegenüber Deutschland verhindern und die französische Abhängigkeit von den USA und Großbritannien nur verschärfen.<sup>43</sup>

Noch verzichtete der Quai d'Orsay aber auf eine einheitliche Linie. Das Außenministerium fürchtete, gerade durch die Offenbarung weiterreichender Pläne, d. h. Deutschlands späterer Integration in eine „organisation de l'économie universelle“ nach seiner wirtschaftlichen Abrüstung, sich „malgré nous“ an eine Mächtegruppe anschließen zu müssen und dadurch spätere Adaptionen in der französischen Politik von vornherein zu kompromittieren.<sup>44</sup> Couve de Murville, politischer Direktor im Quai, blieb bei den offiziellen Rhein- und Ruhrthesen sowie der wirtschaftlichen Angliederung der Saar und fand für die anlaufende Besatzungszeit nur den vagen Begriff eines „Patronagesystems“. Diese Formulierung rekurrierte aber bereits auf die langfristigen Ziele. Auch bei einer rein westlichen Besatzung der Ruhr hoffte er auf einen *modus vivendi*

<sup>40</sup> Y 1944/1949, 278–54–1, Interview Bidault mit O.H. Brandon, Sunday Times, November 1944.

<sup>41</sup> Y 1944/1949, 282–54–1, note EMDN 31. 7. 1945, „Politique allemande;“ vgl. Fritsch-Bournazel, Renata, Frankreich und die deutsche Frage 1945–1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konfliktes 1945–1949, Göttingen 1984, S. 85–97, die zum erstenmal auf den konstruktiven Aspekt französischer Deutschlandpolitik hingewiesen hat, wobei dieser aber aus einem offener angesprochenen neuen Machtpositionsstreben resultierte.

<sup>42</sup> Wie Anm. 38.

<sup>43</sup> René Rémond ist daher nur bedingt zuzustimmen, wenn er vor „zu frühen Schatten des Kalten Krieges“ über der französischen Deutschlandpolitik warnt, wenn Pierre Lassalle, Leiter der 1. bzw. 4. (Planungs)abteilung im EMDN bereits 1945 seine Politikempfehlungen von der „Linie Lübeck-Eisenach“ bestimmt sehen will, in: Charles de Gaulle et la Nation face aux problèmes de la défense, 1945–1946, Colloque, Paris 1983, Lassalle: Sécurité Française face à l'Est dans l'immédiat après-guerre; die drohende Ost-West-Spaltung stand von Anfang an Pate, durfte aber nicht zur sowjetischen Isolation und einer reinen Westbindung führen.

<sup>44</sup> Y 388–62–4, Dir.Pol., note 12. 2. 1945, Le Problème Rhéno-Westphalien; Papiers Bidault, 457 AP 60, 662–1, note 30. 3. 1945; ebd., 562–2, note 20. 6. 1945.

für die Kontrollfrage noch im Rahmen der Kriegskoalition;<sup>45</sup> organische Eingriffe vor Ende der Viermächtebesatzung sollten dann die schrittweise Integration in ein „nouveau ordre international“ vorbereiten, ohne die Kontrolle ganz aufgeben zu müssen.<sup>46</sup>

Für die praktische Besatzungspolitik erwiesen sich diese Gedanken als wenig brauchbar. Die USA setzten sich sofort für die Etablierung von Zentralverwaltungen ein, so daß der Versuch, durch die Divergenzen im Kontrollrat „leicht und elegant“ ein „morcellement“ des Reiches einleiten zu können, vor seinem eigentlichen Beginn bereits in Verruf geriet. Die englisch-sowjetischen Gegensätze in der Reparationsfrage beschworen außerdem sofort die Frage nach Frankreichs Rolle bei einem sofortigen Bruch. Für diesen Fall stand eine klare Westbindung nicht in Zweifel. Der Quai gab aber dennoch nicht den paradoxen Wunsch auf, gleichzeitig einerseits den Eindruck einer geeinten Front zu erhalten, andererseits aber doch durch Veto im Kontrollrat unliebsame Entwicklungen aufhalten zu wollen.<sup>47</sup> Trotz der Spannungen in der Reparationsfrage bedurfte Frankreich der Mittlerrolle, um erst die Voraussetzungen für eine unabhängigere Politik zu schaffen.<sup>48</sup> Je später der Bruch kam, desto eher konnte Frankreich hoffen, eine „base stable dans les faits“ im Westen geschaffen zu haben.

„Sur place“ ließ sich bloßes Abwarten weniger leicht bewerkstelligen. Die Berliner Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945 bestätigte erneut die Zonenhöhe der Oberkommandeure, so daß Massigli noch auf die Chance hoffte, „de contrôler, faire vivre ... et voir venir.“<sup>49</sup> General Koeltz aber, stellvertretender Militärgouverneur, forderte bereits im Juni und Juli, charakteristischerweise von Bidault oder de Gaulle, den Entwurf einer einheitlichen Linie, da seine Arbeit im Koordinationskomitee in Berlin anhand bloß technischer Direktiven nicht durchführbar sein werde.<sup>50</sup> Die Commission Economique pour les Affaires Allemandes schloß sich der Forderung nach einer klaren Regierungsstellungnahme an, zumal sie eine Diskrepanz zwischen einem britischen Wunsch nach wirtschaftlicher Einheit und amerikanischen Dezentralisierungsforderungen voraussah.<sup>51</sup>

Juin und Verteidigungsminister André Diethelm untermauerten diese Kritik. In scharfer Abkehr von den statischen Konzepten der Zwischenkriegszeit

<sup>45</sup> Y 1944/1949, 121–45–4, Dir. Pol., note 13. 2. 1945.

<sup>46</sup> Y 388–62–2, Dir. Politique, Couve de Murville, Le Problème Rhéno-Westphalien, 12. 2. 1945.

<sup>47</sup> Papiers Bidault, 457 AP 61, 562–1, SH/DS, note: Politique de zone ou politique de contrôle quadripartite de l'Allemagne, 20. 6. 1945, Kommentar Generalsekretärs Jean Chauvel: „Très sage.“

<sup>48</sup> Ebenda, u. 562–2, note pour le ministre, 26. 5. 1945.

<sup>49</sup> Papiers Massigli, 217, note 17. 4. 1945, Règlement Rhénan.

<sup>50</sup> 4 Q 26, Koeltz an Oberbefehlshaber (General Noiret), 12. 6. 1945; erneute Mahnung, diesmal direkt über den Generalstabschef, 4 Q 11, Koeltz an Juin, 16. 7. 1945.

<sup>51</sup> Archives Nationales, Série F 60, 184, A1A1, MAE, Dir. Econ., Juli 1945; Papiers Bidault, 662–1, Doc. 183, Commission Economique pour les Affaires Allemandes, MAE, 7. 7. 1945. Am 23. Juli wurde General Pierre Koenig zum Oberbefehlshaber ernannt, am 24. 7. Emile Laffon zum Leiter der Zivilverwaltung. Vgl. zur französischen Besatzungsstruktur Willis, F. Roy, *The French in Germany*, Stanford 1966.

drängten sie auf den Entwurf einer „festen, aber dynamischen“ Doktrin. Beide betonten immer wieder gerade den Unterschied zur ersten Nachkriegszeit, der sich in der Abwesenheit einer deutschen Regierung, der totalen Besetzung sowie der weitgehenden Auflösung der Wehrmacht manifestierte. Frankreich dürfe nicht versäumen, gerade in dieser Situation die eine Analogie zu 1919 richtig einzuschätzen, und das bedeutete, eine nicht in ihrer strukturellen Entwicklungsfähigkeit, sondern eher nur durch Dislozierung der Verkehrswege und Autoritätsauflösung getroffene deutsche Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Juin hielt es nicht für möglich, dem von alliierter Seite bereits geäußerten Wunsch nach Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftskraft entgegenzuarbeiten. Nur eine konstruktive Politik konnte eine französische Nutzung der deutschen Ressourcen in dieser Situation ermöglichen, und konstruktiv hieß, „diesem Gegner“ auch Hoffnung auf Entfaltung in der Zukunft zu geben. Die offizielle Haltung dagegen drohte die einmalige Chance, „einige Millionen Deutsche in den französischen Einflußbereich zu bringen“, nur zu gefährden.<sup>52</sup>

Genau hier rührte die Kritik an der Pariser Zurückhaltung aber an eine Kernerfahrung der Kriegszeit und ein Tabu in der französischen Öffentlichkeit. Die Berichte einiger auf Restitutionsmission nach Berlin geschickter Offiziere gemahnten krass an Vichy mit ihren Bemerkungen über das „wunderbare Potential“ dieser „arbeitsame(n) Bevölkerung“ mit dem „gout de création“, das durch die „irritierend mittelmäßige Verhaltensweise“ Paris' vergeudet werde.<sup>53</sup> Das Außenministerium hatte selbst die Komplementarität der deutschen und französischen Wirtschaftsräume betont. Nur rückten derartige Äußerungen zu eng an den eben nicht antideutschen, dafür scharf antikommunistischen Teil der französischen Bevölkerung, der die Kollaboration mitgetragen hatte und in der Phase der *Épuration* seiner politischen Ausdrucksmöglichkeiten noch beraubt war.<sup>54</sup> Der für die Rekonstruktion notwendige nationale Konsens mußte aber die Kollaboration vergessen machen, und de Gaulle appellierte bereits im Oktober 1944 an die Bevölkerung, vergangene und „menschliche ... Irrtümer“ zu vergeben.<sup>55</sup> Einen ähnlich versöhnlichen Appell richtete er aber zugleich an die deutsche Bevölkerung der französischen Zone im Oktober 1945,<sup>56</sup> wohl weniger als Erkenntnis einer „Sackgassenpolitik“ der überzogenen Forderungen (Poidevin), als gleichzeitige Rücksichtnahme auf französische und deutsche

<sup>52</sup> Y 282–54–1, note EMDN, 31. 7. 1945, *Politique Allemande*; 4 Q 11, Juin an den Generalsekretär des GPRF, 20. 7. 1945; 4 Q 10, Juin an Diethelm mit der Bitte um Stellungnahme, 15. 8. 1945, und Diethelms Antwort.

<sup>53</sup> Y 282–55–1, note rédigée par Mograbet und Commandant Marx, an SGAAA, 20. 8. 1945, SGAAA an Bidault. Vgl. Willis, *French in Germany*, S. 60, für innerfranzösische Kritik an Baden-Baden als „Auffanglager“ ehemaliger Vichy-Mitarbeiter.

<sup>54</sup> Hänisch, Klaus, *Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948*, Berlin-New York 1972, S. 19. Vgl. Grosser, *Politique Extérieure*, S. 19–24; Weisenfeld, *Welches Deutschland*, S. 20.

<sup>55</sup> Radioansprache vom 14. Oktober 1944, abgedr. in: De Gaulle, Charles, *Mémoires de guerre. Le Salut, 1944–1946*, Paris 1959, S. 403–406.

<sup>56</sup> Poidevin, *Französische Deutschlandpolitik*, in: Scharf/Schröder, *Deutschlandpolitik Frankreichs*, S. 21.

öffentliche Meinung, ohne beides in der offiziellen Linie koppeln zu wollen. Die Befürworter weitreichender wirtschaftlicher Integration so unmittelbar nach der Libération liefen Gefahr, zu sehr in die Nähe der Kollaboration gerückt zu werden.

Das am 7. Juli zur Koordinierung der Deutschland- und Österreichpolitik geschaffene interministerielle Komitee unter Leitung von Marcel Berthelot beantwortete vielleicht auch deshalb die erste Kritik mit einer Direktive, die das „Warten auf Bedingungen, die eine Planung erlauben“, zur Maxime machte.<sup>57</sup> Berthelot machte keinen Hehl daraus, daß die „geschmeidige Politik“ gerade widerstreitende Zielvorstellungen ermöglichen sollte. Er befürwortete weder eine – natürlich auch illusorische – unabhängige Zonenpolitik noch die Errichtung zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland. In Übereinstimmung mit Couve de Murville und Chauvel wollte aber auch er die französische Linie als Politik mit den Deutschen und nicht von den Alliierten aufgezwungen vermitteln,<sup>58</sup> so daß die Dichotomie zwischen Kooperationsabsicht und harter Zonenpolitik stehen blieb. Laffon, der Leiter der Zivilverwaltung, kritisierte sofort den Widerspruch zwischen wünschenswerter Dezentralisierung und notwendiger wirtschaftlicher Zentralisierung; nur einen Gesamtplan, der die Spannung zwischen Effizienz und deutscher Wirtschaftsübermacht auflöste und den Wunsch nach einem dauerhaften „rapprochement“ berücksichtigte, hielt er für aussichtsreich.<sup>59</sup> Berthelot und mit ihm das Außenministerium bestanden jedoch auf einem stufenweisen Aufbau der Planung und „Offenheit“ in Berlin, wobei Berthelots abschließende Bemerkung wieder ein Trauma der Appeasement-Politik offenlegte: Schon minimale Konzessionen drohten Frankreich als Schwäche ausgelegt zu werden,<sup>60</sup> und noch bestand kein Zwang zur Parteinahme.

Die Potsdamer Vereinbarungen schrieben in ihren Leitsätzen genau den von Laffon angesprochenen Widerspruch fest. Die Zentralverwaltungs Klausel dagegen präjudizierte die „politics of no politics“. Die französischen Vorbehalte vom 7. August gegen die Zulassung nationaler Parteien, die wirtschaftlichen Grundsätze, die Grenzregelung sowie die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei waren unbeantwortet geblieben,<sup>61</sup> so

<sup>57</sup> Y 650-55-7A, Décret du GPRF, zur Koordinierung von MAE, MEN, Ministère de Reconstruction et de l'Urbanisme, Guerre, Travaux Publics et Transport; EMDN, Oberbefehlshaber, Generalsekretär der Regierung mit Konsultativstimme; Y 650-55-7A, Doc. No. 1, SCAAA, 19. 7. 1945.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Y 1944/1949, 282-55-1, Laffon an Koenig, 1. 9. 1945, vom SGAAA allerdings erst am 9. 10. 1945 an Bidault weitergegeben.

<sup>60</sup> Y 1944/1949, 650-55-7A, Doc. No. 1, SCAAA, 19. 7. 1945.

<sup>61</sup> Darauf verweisen zu Recht Meissner, Boris/Fritz Klein, Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, I.: Geschichte und rechtliche Grundlagen, Wien/Stuttgart 1977, S. 11; ebenso Antoni, Michael, Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Geltung, Inhalt und staatsrechtliche Bedeutung, Berlin 1985, S. 41-48; Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands, Frankfurt 1985, S. 105, wirft Frankreich vor, nach dem „Eintritt in den Klub“ dessen Regeln verändert haben zu wollen; zum einen wurde der Rahmen vor der inhaltlichen Festlegung vereinbart (und Frankreich beachtete immer die Berliner Erklärung vom 5. Juni), zum anderen hätte alliierter Widerspruch kommen müssen.

daß Paris sich hier noch bestätigt fühlen konnte. Bidault forderte vor dem ersten Treffen der Außenminister erneut, die Erfahrungen der ersten Kontrollperiode abzuwarten.<sup>62</sup> Aber auch ihm war klar, daß die ökonomischen Schwierigkeiten in Deutschland jede noch zu entwerfende Lösung für die eigenen wirtschaftlichen Ziele im Ansatz zerstören konnten.<sup>63</sup> Sein Konzept für diese erste Runde blieb deshalb minimalistisch. In erster Linie hoffte er Großbritannien, dessen Prestige für jede europäische Lösung notwendig war, zu engerer Kooperation bewegen zu können, sich zugleich aber den bereits formulierten englischen Forderungen nach Verstaatlichung der Schwerindustrie zu widersetzen. Die Haltung der Großmächte galt es schlicht zu sondieren. Die intern geforderte Koordination der eigenen Planung blieb zwar noch aus; die unterschiedlichen Entwürfe enthüllten jedoch weniger eine unreformierte Grandeurpolitik als die realistische Einschätzung der eigenen Schwäche und den Versuch, dem als zentral erkannten Problem der Kontrolle der deutschen Wirtschaft zumindest planerisch gerecht zu werden.

### 3. Großbritannien: Skeptischer Sieger

Den entscheidenden Faktor britischer Außenpolitik nach 1945 bildete die wirtschaftliche Schwächung durch den Krieg, aus dem Großbritannien als einer der militärischen Sieger hervorging.<sup>64</sup> Nicht erst die wirtschaftliche Abhängigkeit überzeugte London aber von der Notwendigkeit der amerikanischen Allianz, da der amerikanische Isolationismus der Zwischenkriegszeit als der Schwachpunkt des damaligen internationalen Systems angesehen wurde.<sup>65</sup> Auch in Whitehall war man sich zudem des Machtverlustes bewußt, und nach dem Scheitern der Appeasement-Politik<sup>66</sup> legte die britische Deutschlandplanung während des Krieges ebenfalls einen Schwerpunkt auf den Begriff der

<sup>62</sup> EA Jg. 1954, S. 6744ff., Noten des GPRF an die USA, England und die Sowjetunion, 7. 8. 1945.

<sup>63</sup> Y 1944/1949, 369–55–1, Dir. des Aff. Econ., 6. 9. 1945; Papiers Bidault, thèses françaises (bei Durchsicht noch nicht klassifiziert), 746–1, Dir. Gen. d’Aff. Pol., Chauvel, 6. 8. 1945.

<sup>64</sup> Foschepoth, Josef, Großbritannien und die Deutschlandfrage, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949, Berlin 1984 (Studien zur Deutschlandfrage, 7), S. 60; Pollard, Sidney, The Development of the British Economy 1914–1967, London 1976, S. 331ff; Milward, Alan, The Economic Effects of Two World Wars on Great Britain, London 1970; etwas milder im Urteil über die britische Wirtschaftspolitik Cairncross, Sir Alec, Years of Recovery. British Economic Policy 1945–1951, London 1985. Die britische Außenverschuldung stieg von £ 500 Mio. bei Kriegsbeginn auf £ 3,4 Mrd. im Juni 1945 und weiter auf £ 3,7 Mrd. bis Dezember 1946, die Exporte dagegen sanken bis 1944 auf 31 % des Jahres 1938 ab: Scharf, Claus/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 4; vgl. a. Jerchow, Friedrich, Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978, S. 44–80.

<sup>65</sup> Northedge, Frederick S./Wells, Audrey, Britain and Soviet Communism. The Impact of a Revolution, London 1982, S. 104–125, bes. S. 122.

<sup>66</sup> Aus der Fülle der Literatur zur Appeasement-Politik der dreissiger Jahre Wendt, Bernd-Jürgen, Economic Appeasement. Handel und Finanzen der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939, Düsseldorf 1971; Schmidt, Gustav, England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik, 1930–1937, Opladen 1981; Mommsen, Wolfgang/Lothar Kettenacker,

„economic security“.<sup>67</sup> Die amerikanischen Bemühungen um den Fortbestand der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion hatten Churchills Sorge um Berücksichtigung der britischen Interessen gegen Kriegsende weiter zunehmen lassen,<sup>68</sup> und die britische Unterstützung für Frankreich diente dem Ziel, trotz der Differenzen mit de Gaulle einen weiteren Partner im Mächtesystem zu erhalten und aus der lähmenden Mittelposition zwischen den neuen Großmächten herauszufinden.<sup>69</sup>

Kooperation mit Frankreich und den Beneluxstaaten bildete einen Eckpfeiler der britischen Nachkriegsaußenpolitik.<sup>70</sup> Aus englischer Sicht durfte Rücksichtnahme auf die als legitim verstandenen französischen Sicherheitsbedürfnisse aber nie das Primärziel der amerikanischen Verpflichtung auf Europa überlagern. Nur die USA konnten die englische Stellung sichern und sowjetischen Einfluß eindämmen. Der diplomatische Ausgleichsversuch mit einem expansionistischen Staat, über schrittweise Vereinbarungen zum „general settlement“ einer umfassenden Friedensregelung zu gelangen, war 1939 gescheitert; die erfolgreiche Verankerung einer Friedensordnung in Europa setzte eine Position der Stärke voraus, die London nur durch amerikanische Unterstützung erhalten konnte, und erneute Gefährdung konnte sowohl in der bekannten deutschen Regenerationsfähigkeit wie in sowjetischen Expansionsabsichten über den in der ersten Jahreshälfte 1945 gesicherten Machtbereich hinaus liegen.

Die Zonenvereinbarungen schrieben die sowjetische Präsenz in Deutschland als Faktor der britischen Deutschlandpolitik fest. Vor Kriegsende suchte Großbritannien definitive Vereinbarungen in der Deutschlandpolitik zu vermeiden; Churchill lehnte in Jalta z.B. eine definitive Reparationssumme ab.<sup>71</sup> Die englisch-sowjetischen Spannungen in der EAC mochten dazu beigetragen haben, daß England sich gegen amerikanischen Widerstand die nordwestliche

(Hrsg.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983; Schröder, Hans-Jürgen, „Munich and the British Tradition“, in: *Hist. J.* 19 (1978), S. 23–47.

<sup>67</sup> Kettenacker, Lothar, *Die anglo-amerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands*, in: *Kalter Krieg und deutsche Frage, Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, hrsg. v. Josef Foschepoth, Göttingen 1985, S. 66–87.

<sup>68</sup> Sainsbury, Keith, *The Turning Point. The Cairo, Moscow and Teheran Conferences*, London 1985; Barker, Elizabeth, *Churchill and Eden at war*, London 1978; Anderson, Terry H., *The United States, Great Britain and the Cold War*, Columbia/Mass. 1981. Kettenackers These, London hätte aus einem Insuffizienzdenken heraus Mittler- als „Machtersatzpolitik“ betrieben und dies v.a. auch für die Nachkriegszeit intendiert (vgl. Anm. 67), erscheint bei dem britischen Versuch, Frankreich als vierte Besatzungsmacht durchzusetzen, nicht recht überzeugend.

<sup>69</sup> Die Skepsis über die sowjetische Politik bestimmte die britische Planung daher trotz der Bewunderung für die sowjetischen Kriegsanstrengungen; Rothwell, Victor, *Britain and the Cold War 1941–1947*, London 1982; Northedge/Wells, *Britain and Soviet Communism*, S. 76–103. Foschepoth, *Deutschlandfrage*, S. 63, Anm. 11, korrigiert zu Recht Falk Pingel, „Die Russen am Rhein? Zur Wende der britischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1946“, in: *VfZ* 30 (1982), S. 98–116, in der punktuellen Datierung des Beginns des Kalten Krieges auf den April 1946.

<sup>70</sup> Young, John W., *Britain, France and the Unity of Europe, 1945–1951*, London 1984; Greenwood, Sean, *The Treaty of Dunkirk*, London 1982; Baylis, John, „Great Britain and the Dunkirk Treaty: The Origins of NATO“, in: *Journal of Strategic Studies* 5 (1982), 2, S. 236–247.

<sup>71</sup> Foschepoth, *Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam*, S. 676–685.